



Editorial

DKG-Hauptgeschäftsführer **Georg Baum**

Ignoranzformeln und Schönfärberei provozieren Protest

Die Tarifrunde 2008 für den öffentlichen Dienst ist zu Ende. Die Beschäftigten in den Krankenhäusern erhalten – wie schon zuvor die Mitglieder des Deutschen Bundestages – kräftige Lohnerhöhungen. Sie nehmen am Aufschwung teil. Das Problem ist nur, dass bei den Krankenhäusern der Aufschwung nicht stattfindet.

Als grobe Orientierung sind es 8 Prozent im Zweijahreszeitraum 2008/2009. Da der Abschluss im öffentlichen Dienst Pilotfunktion für die übrigen Trägergruppen haben dürfte, ist branchenweit von Vereinbarungen in ähnlicher Höhe auszugehen. So erfreulich das für die Beschäftigten in den Krankenhäusern ist, für die Träger sind die finanziellen Lasten unter den gegebenen Finanzierungsbedingungen schlichtweg nicht darstellbar. Auf alle Krankenhäuser übertragen, löst die Tarifrunde 2008/2009 einen Personalkostenschub von 4,2 Mrd. € bis Ende 2009 aus. Hinzu kommt der unaufhaltsame Preisanstieg bei den Sachkosten von jährlich 5 Prozent, was wiederum Mehrkosten von 3,8 Mrd. € bis Ende 2009 zur Folge hat. Dem stehen ein durch die Grundlohnrate gedeckelter Vergütungszuwachs von 0,64 Prozent minus 0,5 Prozent Sanierungsbeitrag in 2008 und voraussichtlich eine Grundlohnrate von 1,05 Prozent in 2009 gegenüber. 8 Mrd. € Kostenzuwachs versus 1 Mrd. € Vergütungszuwachs! Das ist die Perspektive der Krankenhäuser für das laufende und das kommende Jahr. Und das vor dem Hintergrund von mehr als 1 Mrd. € nicht gedeckter Kosten aus dem letzten Jahr. Eine aussichtslose Lage baut sich auf – eine regelrechte Finanzierungskatastrophe.

Die Träger der Krankenhäuser und die Arbeitnehmervertretungen auf allen Ebenen – Bund, Land und vor Ort in den Krankenhäusern – sind fest entschlossen, anzutreten. Die Bedingungen für die Finanzierung der Krankenhäuser müssen geändert werden. Die unabwendbaren Kosten müssen refinanzierbar sein.

Szenenwechsel. Die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium, Marion Caspers-Merk, hat Anfang April an alle Mitglieder der Koalitionsfraktionen einen Brief geschrieben und die Finanzierungssorgen der Krankenhäuser als überzogen dargestellt. Begründet wird dies mit der 2006 leicht gesunkenen Zahl der Krankenhäuser mit Verlusten. Außerdem gäbe es genügend Wirtschaftlichkeitsreserven in den Krankenhäusern. Man müsse sich zwecks Hebung nur an McKinsey und Porsche wenden. „Lean-Produktion“ und andere Weisheiten aus der Rationalisie-

rungs-Mottenkiste werden den Krankenhäusern nahegelegt. Niemand in den Krankenhäusern bestreitet, dass die Erschließung von Wirtschaftlichkeitsreserven ein kontinuierlicher Prozess ist. Aber selbst die Experten von McKinsey sagen längst, dass Wirtschaftlichkeitsreserven in Milliardenhöhe nicht mehr vorhanden sind. Die Krankenhäuser erschließen seit Jahren Reserven. Zahllose Krankenhausabteilungen wurden neu strukturiert, Kliniken fusioniert, viele Kooperationen geschlossen und Verbünde geschmiedet, aber auch 90 000 Arbeitsplätze wurden dabei abgebaut. Wie viele sollen es noch sein?

Genau das fragen sich auch viele Krankenhäuser und deren Mitarbeitervertretungen. In Niedersachsen haben fast alle Krankenhäuser Geld zusammengelegt und einen Hilferuf an die Öffentlichkeit per Zeitungsanzeige abgesetzt. Das dürfte nur der Anfang sein. Überall in den Krankenhäusern, bei den Trägerverbänden und den Arbeitnehmervertretungen, wird über Kampagnen gegen die unzureichenden Finanzierungsbedingungen nachgedacht. Die Entschlossenheit ist groß. Ignoranzformeln und Schönrederei provozieren zusätzlichen Protest. Dem müssen die nackten Tatsachen entgegengehalten werden. Zur Not auch durch Großdemonstrationen in Berlin.

Was 2009 refinanziert werden soll, muss in den Einheits-Krankenversicherungsbeitrag für 2009 aufgenommen werden. Was hier nicht berücksichtigt wird, kann auch nicht bezahlt werden. Was im bisherigen System der gegliederten Krankenversicherung in der dezentralen Verantwortung der einzelnen Krankenkassen und ihren Selbstverwaltungen lag, ist von nun an die Aufgabe der Regierung. Sie ist damit der Adressat für alles, was finanziert werden muss und verantwortlich, wenn es nicht finanziert wird. Den 1 Million Beschäftigten der Krankenhäuser und den vielen Millionen Patienten und deren Angehörigen wird es im Wahljahr 2009 leicht gemacht, zu beurteilen, wer verantwortlich ist, wenn zu wenig Geld für die Gesundheitsversorgung bereitgestellt wird.